Stand: 15.11.2026 20:03:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/16402

"Sozial-, wirtschafts- und klimafeindliche CO2-Steuer auf Benzin und Diesel abschaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/16402 vom 15.06.2021
2. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 16.06.2021
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18187 des WI vom 30.09.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 14.10.2021
5. Beschluss des Plenums 18/18436 vom 19.10.2021
6. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 19.10.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.06.2021 **Drucksache 18/16402**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Sozial-, wirtschafts- und klimafeindliche CO_2-Steuer auf Benzin und Diesel abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine Abschaffung der CO_2-Steuer auf Benzin- und Diesel-Kraftstoffe einzusetzen.

Begründung:

Regierung und Grüne überbieten sich mit CO_2-Steuer

Die Bundeskoalition aus CDU, CSU und SPD hat zum Höhepunkt der Coronakrise eine CO_2-Steuer im Verkehr von 25 Euro pro Tonne eingeführt. Nach bisherigen Planungen wollte sie diese bis 2025 auf 55 Euro noch erhöhen.

Im Rahmen einer Neuverschärfung der Klimaziele fordert die CDU den CO_2-Preis schon im Jahr 2022 auf 45 Euro zu erhöhen. Die Steigerung auf 55 Euro pro Tonne CO_2 soll auf 2023 vorverlegt werden und 2024 soll sie dann auf 65 Euro erhöht werden.[1]

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den CO_2-Preis bereits ab 2023 auf 60 Euro pro Tonne zu erhöhen. Demnach hat die Kanzlerkandidatin der Grünen Annalena Baerbock gemäß dem Programmentwurf ihrer Partei eine weitere Benzinpreiserhöhung von 16 Cent eingefordert.[2]

Daraufhin hat Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus klargestellt, dass auch mit der CDU an der Spitze der künftigen Bundesregierung Benzin teurer werden würde – nach Berechnungen um 15,5 Cent. „In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts wird es richtig teurer“ – fügte er hinzu.[3]

Unsoziale Mehrbelastung für Bürger und Wirtschaft

Die Einführung der CO_2-Steuer in 2021 hat zu einem sprunghaften Anstieg der Spritpreise geführt: von Juni 2020 auf Juni 2021 um 30 Cent bei einem Liter Benzin und bei Diesel um 25 Cent pro Liter.[4]

---

1 Schuller K. (2021). CDU will CO2-Preis steigern und Strom billiger machen. FAZ. URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/klima-cdu-will-co2-preis-steigern-und-strom-verbilligen-17341384.html

2 Junge Freiheit (2021). Grünen-Wahlprogramm: Mehr Einwanderung, mehr Klimaschutz, mehr Steuern. URL: https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/gruenen-wahlprogramm-einwanderung-klimaschutz-steuern/

3 Tagesschau (2021). Benzin wird auch mit der Union teurer. URL: https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/klimaschutz-benzinpreis-cdu-101.html

4 Junge Freiheit (2021). Benzinpreis springt nach oben – Strom so teuer wie nirgendwo in Europa. URL: https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2021/benzinpreis-strom-strompreis-europa/

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Vergleichsstudien der IAE zeigen, dass Deutschland bereits im Juni 2020 die mitunter weltweit höchsten Benzinpreise hatte.[5]

Analysen des Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) Köln zeigen: Steuern machen nun zwei Drittel des Benzinpreises und etwa 60 Prozent des Dieselpreises aus, Schwankungen des Ölpreises sind an der Tankstelle dagegen kaum bemerkbar.[6]

Nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist eine CO_2-Steuer regressiv und unsozial, da sie ärmere Haushalte stärker als reichere belastet, weil die Armen einen größeren Anteil ihres Einkommens für Verkehr aufwenden als die Reichen.[7]

Laut Berechnungen des IW Köln ist bereits jetzt die implizite CO_2-Bepreisung in Deutschland für Benzin bei 300 Euro pro Tonne CO_2 und bei Diesel bei 190 Euro pro Tonne CO_2 jeweils 140 Euro und 70 Euro höher als die von der EU vorgegebene Energiesteuerrichtlinie (ETD).[8]

Aus diesen Gründen lehnen drei Viertel der Deutschen eine Benzinpreiserhöhung ab. Auch ein Umstieg vom Verbrennungsmotor auf Elektroantrieb bei Autos wird von 57 Prozent abgelehnt.[9]

Klimapolitisch kontraproduktiv

Die CO_2-Steuer für Diesel und Benzin ist nicht nur aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht tragbar. Sie ist auch aus klimapolitischen Gründen absolut kontraproduktiv.

Als Pigou-Steuer sind CO_2-Steuern suboptimal, denn die von CO_2-Emissionen verursachten Schäden sind nicht wissenschaftlich exakt quantifizierbar und deshalb schwer zu internalisieren.[10]

Nach Auffassung des Ökonomen Hans-Werner Sinn und dem ifo Institut ist eine nationale CO_2-Steuer für eine Einsparung von CO_2-Emissionen absolut kontraproduktiv (das sog. Grüne Paradoxon): Erstens beträgt der Anteil Deutschlands am weltweiten CO_2-Ausstoß nur ca. 2 Prozent. Selbst eine 100-prozentige deutsche „Kohlenstoffdioxid-Neutralität“ würde somit spürbar kaum etwas am globalen CO_2-Ausstoß ändern. Zweitens führt eine Verteuerung der fossilen Kraftstoffe durch eine CO_2-Steuer im nationalen Alleingang nur dazu, dass diese Kraftstoffe auf dem Weltmarkt billiger werden und somit nur noch mehr Rohöl gefördert und auch als Kraftstoffe verbrannt werden. Drittens, produzieren E-Autos über ihrem gesamten Lebenszyklus mit dem gegenwärtigen und mittelfristigen deutschen Strommix (bis ca. 2035) mehr CO_2 und andere Schadstoffe als konventionelle Verbrenner.[11] [12]

---

5 IAE (2021). Durchschnittliche Benzinpreise pro Liter im Vergleich ausgewählter Länder im Juni 2020. URL: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/242003/umfrage/durchschnittliche-benzinpreise-im-vergleich-ausgewaehlter-laender/

6 Schaefer T. (2021). Sprit wird deutlich teurer. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/beitrag/thilo-schaefer-sprit-wird-deutlich-teurer.html

7 Ismer R. et al. (2019). Sozialverträglicher CO2-Preis: Vorschlag für einen Pro-Kopf-Bonus durch Krankenversicherungen. DIW. URL: https://www.diw.de/de/diw_01.c.673222.de/publikationen/diw_aktuell/2019_0021/sozialvertraeglicher_co2-preis__vorschlag_fuer_einen_pro-kopf-bonus_durch_krankenversicherungen.html

8 Wendland F.A. (2021). Zwischenbilanz der steuerlich impliziten CO2-Bepreisung. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/finn-arnd-wendland-zwischenbilanz-der-steuerlich-impliziten-co2-bepreisung-507312.html

9 Tagesschau (2021). ARD-DeutschlandTrend vom 10.06.2021. URL: https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2653.html

10 Menner M., Reichert G. (2019). CO2-Steuer oder Emissionshandel? cep. URL: https://www.cep.eu/eu-themen/details/cep/co2-steuer-oder-emissionshandel.html

11 Sinn H.W. (2020). Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Energiewende – Perspektive eines Volkswirtes. ifo Institut. München. URL:https://www.hanswernersinn.de/en/node/3208

12 VDI (2020). Ökobilanz von Pkws mit verschiedenen Antriebssystemen. URL: https://www.vdi.de/ueber-uns/presse/publikationen/details/vdi-studie-oekobilanz-von-pkws-mit-verschiedenen-antriebssystemen

tion. Gegenstimmen! – Die restlichen Fraktionen. Enthaltungen! – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/16423 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER und SPD. Gegenstimmen! – Die AfD. Enthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/16400 mit 18/16403 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführend zuständigen Ausschuss verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "COVID-19-Subventionsbetrug in Kliniken lückenlos aufklären" auf Drucksache 18/16398 bekannt. Mit Ja haben 13 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen (Drs. 18/9786)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Vizepräsident Rinderspacher, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bayern! Mir ist sehr wohl bewusst, dass Zahlen für Sie in der Regierungskoalition schon lange nicht mehr die Bewertungsgrundlage für politische Entscheidungen darstellen. Dennoch will ich es mir nicht nehmen lassen, Sie gleich zu Beginn aus der wohlig warmen Welt des Bauchgefühls in die böse rechte Welt der Fakten zu entführen.

Machen wir eine kleine Gedankenübung. Vergleichen wir die Nennleistung, die ein Windkraftrad eigentlich erbringen soll, mit dem, was wirklich erbracht wird. Wir, die AfD-Fraktion, haben einen Antrag mit dem Titel "Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen" eingebracht. Schauen wir uns das Jahr 2021 an. Die Nennleistung unterscheidet sich von der tatsächlichen Leistung dadurch, dass nur 36 % der Nennleistung tatsächlich erbracht worden sind. Das ist gerade einmal ein gutes Drittel im Vergleich zu den in Deutschland installierten und möglichen Windkraftleistungen.

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal vor, Sie wollen sich ein Auto kaufen, und es wird Ihnen ein Auto mit einer hohen Leistung versprochen. Sie sind vielleicht ein bisschen gutgläubig wie meine Kollegen hier zur linken Seite bei den GRÜNEN, die sich einmal ein schickes neues Auto mit einer großen Leistung kaufen möchten. Sie stellen dann aber fest, dass die große Leistung gar nicht erbracht wird, sondern nur ein Drittel davon. Auch der Preis unterscheidet sich vom Angebot. Statt eines günstigen Preises haben Sie auf einmal einen hohen Preis. Genau das ist der Fakt beim deutschen Steuerzahler, der mit dem Strompreis, den er jeden Monat entrichten muss, für diese hohen Preise aufkommen muss.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.09.2021 **Drucksache** 18/**18187**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/**16402**

Sozial-, wirtschafts- und klimafeindliche CO2-Steuer auf Benzin und Diesel abschaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatter: **Benjamin Miskowitsch**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 44. Sitzung am 8. Juli 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 110. Sitzung am 30. September 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Bayerische Wohnungsbaugesellschaften in der Fläche stärken durch sofortige Liquidation der BayernHeim GmbH" auf Drucksache 18/16226 gesondert abzustimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und die AfD. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und die SPD. Enthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die beiden Verfassungsstreitigkeiten und die verbleibenden Anträge. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. Juli 2021 (Vf. 42-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 47 Abs. 1 und 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 6. Juli 2021 (GVBl. S. ?) geändert worden ist

   PII-G1310.21-0015
   Drs. 18/18060 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren:
   II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. August 2021 (Vf. 47-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 60 a des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) geändert worden ist

   PII-G1310.21-0016
   Drs. 18/18082 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

Anträge

3. Antrag des Abgeordneten Christoph Maier AfD
   Keine Verlagerung des Verwaltungsgerichts Regensburg nach Freyung
   Drs. 18/7098, 18/17944 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Die Planung zur Verlegung des Verwaltungsgerichtshofs und zur Teilverlegung des Verwaltungsgerichts Regensburg in rechtmäßige Bahnen lenken
   Drs. 18/7771, 18/17945 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Energieeffizienzfonds finanziell ausstatten
Drs. 18/14347, 18/18194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser u.a. und Fraktion (FDP)
Verlängerung der Nichtbeanstandungsregelung für elektronische Kassensysteme
Drs. 18/14777, 18/18117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	ENTH	A	Z

7. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Finanzielle Beteiligungsmodelle für Kommunen bei Photovoltaikanlagen einführen! Bayern muss Vorreiterrolle übernehmen!
Drs. 18/15391, 18/18193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Keine Vermögensteuer – für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik!
Drs. 18/15553, 18/18121 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	Z

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Schutz für von Gewalt betroffene Frauen sicherstellen: Notrufe und Fachberatungsstellen in der Pandemie unterstützen
Drs. 18/15807, 18/18145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Michael Busch, Florian von Brunn u.a. SPD
Meisterbonus für alle bayerischen Handwerker
Drs. 18/15809, 18/18192 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung von Kinderwunschbehandlungen auch für Regenbogenfamilien
Drs. 18/15937, 18/18146 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen I: Bayerisches Gewaltschutzkonzept evaluieren und Landesaktionsplan einsetzen
Drs. 18/15946, 18/18148 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen II: Landesmonitoringstelle zur Beobachtung und Bewertung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention
Drs. 18/15947, 18/18149 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen III:
Datensammlung und Forschung vorantreiben
Drs. 18/15948, 18/18150 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen IV:
Weiterentwicklung der landesweiten Koordinierungsstelle gegen sexualisierte und häusliche Gewalt
Drs. 18/15949, 18/18151 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen V: Gewaltschutzinfrastruktur in Bayern bedarfsgerecht und flächendeckend gewährleisten
Drs. 18/15950, 18/18152 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VI:
Digitale Gewalt bekämpfen
Drs. 18/15951, 18/18153 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VII:
Gewaltschutz im Bildungswesen stärken
Drs. 18/15952, 18/18154 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Istanbul-Konvention konsequent umsetzen VIII:
Kulturwandel aktiv vorantreiben
Drs. 18/15953, 18/18155 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Christian Flisek, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Nach gescheiterter Verwaltungsgerichtsverlagerung: Versprechen an Freyung-Grafenau einhalten!
Drs. 18/15976, 18/17946 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Kindesentführungen ins Ausland: Probleme bei der Durchsetzung des Haager Kindesentführungsübereinkommens (HKÜ) erörtern und betroffene Eltern und ihre Kinder unterstützen
Drs. 18/16178, 18/18156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bayerische Wohnungsbaugesellschaften in der Fläche stärken durch sofortige Liquidation der BayernHeim GmbH
Drs. 18/16226, 18/18143 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wohnraumoffensive für den ländlichen Raum
Drs. 18/16230, 18/18098 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Belastungsmoratorium für die Wirtschaft – Bayern entfesseln
Drs. 18/16231, 18/18191 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	ENTH	A	Z

25. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD
COVID-19-Pandemie: Keine Abschiebungen in Corona-Risikogebiete und autoritäre Staaten!
Drs. 18/16272, 18/17947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam statt Einsam I –
Aktionsplan und „Gesundheitsregionen Plus“ nutzen
Drs. 18/16291, 18/17858 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam statt Einsam II – Schaffung einer Stelle für eine Einsamkeitsbeauftragte bzw. einen Einsamkeitsbeauftragten
Drs. 18/16292, 18/18140 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam statt Einsam III – Monitoring zu Einsamkeit
Drs. 18/16293, 18/18141 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beitrag des Wachstumsfonds Bayern zur Transformation der Wirtschaft
Drs. 18/16310, 18/18189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschung zu den Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche jetzt initiieren – evidenzbasiert Wege zur wirkungsvollen Kompensation an Schulen finden
Drs. 18/16384, 18/18165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. AfD
Versorgungssicherheit in Bayern gewährleisten – Keine weiteren Stilllegungen von grundlastfähigen Kraftwerken
Drs. 18/16393, 18/18188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Faire Wärme – klimafit und sozial
Drs. 18/16401, 18/18113 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Sozial-, wirtschafts- und klimafeindliche CO_2-Steuer auf Benzin und Diesel abschaffen
Drs. 18/16402, 18/18187 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Skandalöses Vorgehen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus – Sparmaßnahmen zur Verschleierung des Lehrerinnen- bzw. Lehrermangels treffen ausschließlich die Schwächsten
Drs. 18/16403, 18/18167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

35. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Zentrale Diagnostisch-Pädagogische Hotline (ZDPH) für Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen durch die Staatliche Schulberatung in Bayern
Drs. 18/16414, 18/18169 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

36. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Kollateralschäden bei Schülern aller Altersgruppen infolge des coronabedingten Schulalltags
Drs. 18/16415, 18/18170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

37. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Mogelpackung Arbeitszeitkontenmodell – Besoldung von Grund- und Mittelschullehrern endlich wie versprochen auf A13 und E13 anheben
Drs. 18/16417, 18/18163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

38. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Lehrerabdeckung mit 110 Prozent – Einstellungsoffensive in Bayern starten und eine Lehrerreserve im Schulalltag gewährleisten
Drs. 18/16418, 18/18171 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Franz Bergmüller und Fraktion (AfD)
Zweimalige Wiederholungsmöglichkeit von nichtbestandenen Abschlussprüfungen in allen bayerischen Schularten
Drs. 18/16514, 18/18172 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

40. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Entwicklungspolitik Südafrika II
Drs. 18/16539, 18/18093 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

41. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Forderungen aus der Anhörung zur Lehramtsausbildung umsetzen I: Pädagogisch-didaktisches Orientierungspraktikum für Lehramtsstudenten einführen
Drs. 18/16550, 18/18173 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

42. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Forderungen aus der Anhörung zur Lehramtsausbildung umsetzen II: „Freiwilliges Soziales Jahr Pädagogik“ (FSJ Pädagogik) im Freistaat Bayern implementieren
Drs. 18/16551, 18/18174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild SPD, Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bildung 2030 – gerechter, individueller, sozialer, digitaler!
Drs. 18/16553, 18/18175 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Bernhard Seidenath u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Verbreitung von Krankheitserregern durch – vor allem invasive – Mücken- und Zeckenarten
Drs. 18/16575, 18/18157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Prozyklische Restart-Prämie nicht einführen
Drs. 18/16576, 18/18186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

46. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Lieferengpässe von Rohmaterialien für bayerische Unternehmen vermindern
Drs. 18/16579, 18/18114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

47. Antrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Intensivierung der Ausbildung „Fachlehrer für Informatik“ im Rahmen der Digitalisierungsoffensive in allen bayerischen Schularten
Drs. 18/16601, 18/18176 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

48. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Nach ORH-Kritik: Staatsministerium für Unterricht und Kultus muss Förderrichtlinie für IT-Systembetreuer erlassen!
Drs. 18/16607, 18/18177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

49. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
„Big Data“ bayerischen Unternehmen zugänglicher machen – mit einem Datentreuhänder auf Basis der BIHK
Drs. 18/16670, 18/18182 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

50. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung „Auswirkungen der Revision des EU-Emissionshandelssystems und des EU-CO_2-Grenzausgleichs auf die bayerische Wirtschaft“
Drs. 18/16674, 18/18185 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maskenpflicht an Schulen bei allgemein niedriger Infektionsgefahr aussetzen
Drs. 18/16683, 18/18178

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz jetzt – Die Leerstellen der Klimapolitik endlich füllen
Drs. 18/16685, 18/18108 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

53. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Soziale Energiepolitik umsetzen – Energiekosten wirksam senken
Drs. 18/16687, 18/18184 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

54. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn u.a. SPD
Tierquälerei stoppen! Für eine Aussetzung des Lebendtiertransports in Drittstaaten
Drs. 18/16729, 18/17912 (A)

Antrag der AfD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

55. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunftslärmschutzwände für Bayern
Drs. 18/16811, 18/18106 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

56. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Präventions- und Versorgungsangebote für körperliche Gesundheitsfolgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche sicherstellen!
Drs. 18/16826, 18/18158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

57. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Regionalen Honig fördern – Kennzeichnung von Honig klarer gestalten!
Drs. 18/16827, 18/18160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

58. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden I
Drs. 18/16830, 18/17949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

59. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden II
Drs. 18/16831, 18/17950 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

60. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Kirchenasyl beenden III
Drs. 18/16832, 18/17951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

61. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bürgerinnen und Bürger bei Windkraftausbau unterstützen!
Beschleunigung von Genehmigungsverfahren prüfen!
Drs. 18/16839, 18/18183 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

62. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures u.a. SPD
Klare Definition der Fraktion in den Kommunalparlamenten
Drs. 18/16841, 18/18068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

63. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Wolfgang Fackler, Petra Guttenberger u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaffung eines Anreizes zur Fahrradnutzung für die Beschäftigten des Freistaates Bayern
Drs. 18/16864, 18/18166 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	A

64. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Negative lokalklimatische Effekte von Windenergieanlagen quantifizieren!
Drs. 18/16870, 18/18109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

65. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Keine halben Sachen – Förderung nach Corona muss an den Schulen kooperativ, mit hoher Qualität und kontinuierlich aufgesetzt werden
Drs. 18/16871, 18/18179 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

66. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kinderrechte stärken – Kinderrechteschule in Bayern
Drs. 18/16872, 18/18180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

67. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Christian Flisek u.a. SPD
Sonderimpfkampagne für Schülerinnen und Schüler
Drs. 18/16891, 18/18159 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

68. Antrag der Abgeordneten Josef Seidl, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Analyse und Bericht zur Blackout-Vorsorge mit Wasserkraftanlagen für Notstromversorgung und Inselnetzbetrieb auf kommunaler Ebene
Drs. 18/16893, 18/18181 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

69. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Regenwasser statt Trinkwasser zur Fäkalienbeseitigung
Drs. 18/16920, 18/18110 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

70. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Förderung der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene durch die Stärkung von Jugendparlamenten und Jugendbeauftragten im bayerischen Kommunalrecht
Drs. 18/16938, 18/18075 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	Z

71. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Doris Rauscher, Martina Fehlner u.a. SPD
Hagelschäden in Bayern – unbürokratische Unterstützung für Landwirtinnen und Landwirte
Drs. 18/16939, 18/18144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

72. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD
Heimische Fleischerzeugung aufwerten – Preisdruck minimieren
Drs. 18/16941, 18/17910 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

73. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Honigkennzeichnung
Drs. 18/17049, 18/17911 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	ENTH

74. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konfliktprävention und Konfliktmanagement vor Ort stärken
Drs. 18/17062, 18/18076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	ENTH

75. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
Bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende schaffen!
Bayerische Wohnraumförderung erweitern
Drs. 18/17069, 18/18095 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

76. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Weil die Ressource „Boden“ unermesslich wertvoll ist – gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik in die Bayerische Verfassung!
Drs. 18/17071, 18/18096 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

77. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Annette Karl u.a. SPD
Bestandsaufnahme der Aufgaben und Ziele der staatlichen Flächen- und Wohnungsbauakteure
Drs. 18/17075, 18/18097 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

78. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u.a. SPD
Mietwucher des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration bei Unterkunftsgebühren für Geflüchtete – Bereicherung auf Kosten der Geflüchteten, der Kommunen und des Bundes rückgängig machen!
Drs. 18/17124, 18/17952 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 19.10.2021 **Drucksache** 18/**18436**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**16402**, 18/**18187**

Sozial-, wirtschafts- und klimafeindliche CO_2-Steuer auf Benzin und Diesel abschaffen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Ralf Stadler
Abg. Benjamin Miskowitsch
Abg. Martin Böhm
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Markus Plenk
Abg. Manfred Eibl
Abg. Michael Busch
Abg. Albert Duin

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)
Sozial-, wirtschafts- und klimafeindliche CO2-Steuer auf Benzin und Diesel abschaffen (Drs. 18/16402)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Der erste Redner ist Herr Kollege Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Während sich die Altparteien in ihrer Heuchelei über explodierende Energiepreise überschlagen, wissen Hinz und Kunz inzwischen nicht mehr, wie sie mit ihrem Auto zur Arbeit kommen sollen. Bei Geringverdienern und Rentnern sieht die Lage im Hinblick auf den kommenden Winter noch dramatischer aus. Der Gaspreis ist um 130 % gestiegen. Der Ölpreis hat sich verdoppelt. Ausgerechnet die Politiker der Kartellparteien, die uns diesen Saustall eingebrockt haben, ausgerechnet diese Versager reden nun von der Notwendigkeit sofortiger Entlastungen. Fahrt doch einmal hin zu einer Tankstelle und unterhaltet euch mit den Leuten! Die erzählen euch dann, was wahr ist!

Markus Söder hat kürzlich eine Gaspreisbremse gefordert. Hätte er vor dieser Forderung erst einmal seinen fränkischen Zentralrechner eingeschaltet, hätte er geschnallt, dass er dafür mitverantwortlich ist. Meine Damen und Herren, Sie haben unter dem Geschäftsmodell Klimaschutz in den vergangenen Jahren eine energiebezogene Abgabe nach der anderen eingeführt. Erst nehmen Sie den Bürgern mit der jährlich steigenden EEG-Umlage das mühsam Ersparte ab, und dann toppen Sie das Ganze noch mit der Einführung der CO_2-Steuer, selbstverständlich mit breiter Unterstützung aller Parteien außer der AfD.

Immer mehr Bürger begreifen: Die Mehrheit der Mandatsträger hier im Plenum ist nicht mehr in der Lage, den Crashkurs der eigenen Politik zu erkennen, und somit politisch unzurechnungsfähig. Deshalb läuft auch das Volksbegehren "Landtag abberufen". Wenn ich heute für 1,70 Euro tanke, kassiert der Staat mit jedem Liter fast einen ganzen Euro. Jeder Wegelagerer oder Raubritter gratuliert zu diesem Geschäftsmodell.

Wir von der AfD tragen diesen energiepolitischen Wahnsinn jedenfalls nicht mit. Die CO_2-Steuer muss gestrichen werden, und zwar sofort. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingereicht, mit dem wir die Bürger wirksam und dauerhaft entlasten möchten.

Sehr geehrte Kollegen, wenn Sie aufrichtig eine Entlastung der Menschen in unserem Land schaffen möchten, dann stimmen Sie bitte unserem Antrag zu, bevor dieser Landtag von den Bürgern abberufen wird.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Benjamin Miskowitsch für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benjamin Miskowitsch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, habe die Ehre AfD! Vielen Dank für diese drei Hochzieher. Ehrlich gesagt: Ihr klebt heute tatsächlich an diesem Rednerpult. Sie haben diese drei Anträge aus dem Wirtschaftsausschuss hochgezogen, die knallharter Quatsch sind. Ich weiß nicht, warum wir alle heute dafür Zeit investieren sollen. Herr Stadler, auch wenn ich Ihre Wortwahl für dieses Hohe Haus mehr als fragwürdig finde, werde ich mir Mühe geben, die Anträge wenigstens in Teilen inhaltlich zu würdigen. Ich sage aber jetzt schon: Mein Vorwort wird länger gewesen sein als die inhaltliche Auseinandersetzung.

Die Staatsregierung unterstützt die weltweiten Klimaschutzanstrengungen und die CO_2-Minderungsziele der EU-Kommission und der Bundesregierung. Das ist unser politischer Weg, und davon lassen wir uns auch von Ihnen nicht abbringen. Dazu müssen die fossilen Energieträger noch mehr zurückgedrängt und erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden. Es sollen technologieoffene, marktwirtschaftliche und kosteneffiziente Ansätze, eine Lenkungswirkung zur CO_2-Reduktion und ein Anreiz zu nachhaltigen Alternativen geschaffen werden.

Umgerechnet auf den Liter Benzin oder Diesel betragen die zusätzlichen Kosten im Jahr 2021 rund 7 Cent pro Liter. Die in Ihrem Dringlichkeitsantrag angeführte Preissteigerung von 30 bis 35 Cent pro Liter kann auf keine Fakten zurückgeführt werden. Die Belastung der privaten Haushalte abzufedern, ist natürlich auch unser erklärtes Ziel. Ich selbst komme aus dem ländlichen Bereich. Ich kenne die Problematik. Deswegen wird die Pendlerpauschale erhöht. Außerdem gibt es eine Mobilitätsprämie für Geringverdiener. Dazu wurde die EEG-Umlage für das Jahr 2021 auf 6,5 Cent pro Kilowattstunde bzw. auf 6 Cent stabilisiert. Damit werden die Stromverbraucher entlastet. Außerdem hat die Bundesregierung angekündigt, auch die zukünftigen Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung für die Absenkung der EEG-Umlage einzusetzen.

Inhaltlich gibt es von Ihnen also wiederum nur Parolen und nichts Vernünftiges. Wir werden diesen Antrag auch hier im Plenum ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Uns liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion vor, die gerade noch rechtzeitig eingegangen ist.

Martin Böhm (AfD): Sehr verehrter Herr Kollege, wahrscheinlich ist es Ihnen entgangen, dass der künftige Koalitionspartner, die GRÜNEN, bereits ganz laut just über die Abschaffung dieser Pendlerpauschale diskutiert. Finden Sie es nicht einfach beschä-

mend, mit welcher Arroganz Sie hier stehen und die künftige Armut unserer Pendler gutheißen?

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Miskowitsch (CSU): Na ja, vielleicht ist es Arroganz. Bei Ihnen ist es überzeichnetes Selbstbewusstsein. Ich würde sagen, Sie fragen einfach den nachfolgenden Redner, was er davon hält. Von daher brauche ich jetzt keine Antwort zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese drei Anträge, über die wir jetzt spätabends noch diskutieren, sind überflüssig, und sie sind falsch. Herr Miskowitsch, Sie haben es schon gesagt: Die Behauptung, dass der Benzinpreis wegen des CO_2-Preises im letzten Jahr um 30 % gestiegen sei, ist einfach falsch. Die Quelle dazu ist noch richtig. Sie von der AfD können also nicht einmal richtig abschreiben. Was wir hier geboten bekommen, ist schon maximal traurig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der CO_2-Preis liegt gerade bei 25 Euro pro Tonne. An der Tankstelle macht das gerade einmal 7 Cent und nicht 30 Cent pro Liter aus. Sie schreiben im Antrag, Schwankungen des Ölpreises seien an der Tankstelle kaum bemerkbar. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ihr krampfhaftes Festhalten am Verbrenner führt uns in die Situation, dass die Abhängigkeiten noch viel stärker werden.

Wir GRÜNEN nehmen den Anstieg der Verbraucherpreise und damit die höhere Belastung für die Bürgerinnen und Bürger ernst und versuchen, Lösungen zu finden. Wir

versuchen, aus der Abhängigkeit von den Ölscheichs und von Putin herauszukommen. Wir wollen eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen den Nahverkehr attraktiver machen. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie. Wir setzen auf mehr E-Mobilität, und wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, über ein Energiegeld die Einnahmen aus dem CO_2-Preis eins zu eins wieder zurück an die Bürgerinnen und Bürger zu geben. Dafür setzen wir uns ein. Diese 7 Cent werden dann wieder zurückgegeben.

Versuchen Sie doch einmal, Putin und den Ölscheichs in die Tasche zu langen, die sich aufgrund des hohen Preises für die fossilen Energien eine goldene Nase verdient haben. Das Geld bekommen Sie nicht mehr zurück. Das Geld ist weg. Beim CO_2-Preis sieht es anders aus. Wir GRÜNE setzen uns für nachhaltige Lösungen ein, die das Klima schützen und sozial abgefedert sind. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Stümpfig, Sie haben am Schluss Ihrer Rede gesagt, dass Sie der Bevölkerung die 7 Cent wieder zurückgeben wollen. Wie viel von den 7 Cent wird tatsächlich bei den Leuten ankommen?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Unser Energiegeld sieht vor, dass wir die Einnahmen aus dem CO_2-Preis nehmen und wieder zurückgeben. Das sind nicht nur die 7 Cent der Benzinkosten. Das betrifft sowohl die Mobilität als auch den Wärmebereich. Momentan stehen wir in Berlin – nicht ich persönlich – in Verhandlungen über die Umsetzung. Wenn ich von "wir" spreche, meine ich Grün, Rot und Gelb. Die Idee dahinter ist: Das haben wir in der Hand. Die Einnahmen können wir wieder zurückgeben, weil wir sie generieren. Bei den fossilen Energien ist dieses Geld definitiv weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung hat nun der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege, es ist erstaunlich, in welchem Wolkenkuckucksheim Sie zu Hause sind. Sie negieren vollkommen die ländlichen Räume. Ich denke nur an meinen eigenen Stimmkreis. Ich nenne einmal den Ort Tschirn. Dort wohnt eine Familie. Er arbeitet in Tettau tüchtig als Arbeiter in einem Glaswerk. Sie arbeitet in Sonneberg im Krankenhaus als Krankenschwester. Sie fabulieren von einem öffentlichen Nahverkehr. In dieser Gegend kann man vermutlich überhaupt kein Gleis bauen. Jetzt fährt dort immer noch kein vollbesetzter Bus, weil einfach zu wenige Fahrgäste auf einer Strecke unterwegs sind. Sie verantworten, dass diese Menschen sozial und gesellschaftlich abgehängt werden. Wie erklären Sie diesen Menschen, dass sie zwei Euro für einen Liter Diesel zahlen sollen, bloß um Ihre Fantasien zu befriedigen?

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich wohne im ländlichen Raum. Es ist durchaus machbar, für den ländlichen Raum nachhaltige Konzepte zu entwickeln. Die Lösung, Benzin an der Tankstelle um 7 Cent billiger zu machen, ist kurzfristig. Die Reduzierung des Benzinpreises um 7 Cent hilft niemandem. Wir setzen uns für nachhaltige Lösungen ein, die über viele Jahre tragen und den Menschen eine Perspektive geben. Das wollen Sie nicht. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Abgeordneter Manfred Eibl. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir FREIE WÄHLER stehen ganz klar für das anvisierte Klimaschutzziel. Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich. Es ist zwingend notwendig – das richte ich noch einmal ganz explizit an die AfD –, dem nachweislich vom Menschen gemachten Klimawandel mit gezielten Maßnahmen, die sozialverträglich sind, entgegenzuwirken. Dahin gehend kann eine Lenkungssteuer wie die CO_2-Bepreisung auf Kraftstoffe mit dazu beitragen, positive Effekte zu erzielen. Alle in diesem Hause und auch die Menschen draußen sind angehalten, die Nutzung fossiler Energieträger zu reduzieren und erneuerbare Energien auszubauen. Genau diesen Weg wollen wir gehen.

Nach den aktuellen Beschlüssen des Bundes wurde vereinbart, die CO_2-Bepreisung schrittweise bis zum Jahr 2025 auf 55 Euro pro Tonne zu erhöhen. Trotz der aktuell dramatisch steigenden Rohölpreise ist das ein zumutbares Maß. Wir FREIE WÄHLER setzen auf eine ausgewogene Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, sodass im Sinne eines integrierten und konsistenten Gesamtkonzepts die energiewirtschaftlichen Ziele – Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit – gleichberechtigt gesehen werden. Wir brauchen einen technologieoffenen, marktwirtschaftlichen und kosteneffizienten Ansatz, um Anreize zu setzen und nachhaltige Alternativen zu entfalten.

Herr Stümpfig, bei allem Tun und Handeln sind natürlich die Belange der Menschen draußen und der privaten Haushalte anzuerkennen. So haben wir alle, die in diesem Plenum sitzen, die Verpflichtung, alles Mögliche zu tun, dass sich diese Belastung in einem verträglichen Rahmen bewegt. Wir müssen die Befürchtungen und Ängste schon ernst nehmen. In ländlichen Räumen haben wir schon andere Voraussetzungen als in urbanen oder suburbanen Räumen. Dort wird aufgrund fehlender Mobilitätsalternativen der Individualverkehr natürlich noch eine Rolle spielen. Ich kann Ihnen sagen: Wir FREIE WÄHLER nehmen dieses Thema sehr ernst. Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Michael Busch. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Michael Busch (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren Abgeordnete der AfD-Fraktion, ich kann es einfach nicht sein lassen. Frau Ebner-Steiner, vorhin haben Sie gezeigt, wie Sie mit Wahrnehmungsproblemen umgehen. Sie bemängelten vorhin die große Menge der Anträge der GRÜNEN. Die Wahrheit ist, dass wir uns heute mit neun Anträgen der GRÜNEN auseinandergesetzt haben, und jetzt behandeln wir die Anträge 11, 12 und 13 der AfD. Über den Sinn und Unsinn dieser Anträge ist schon vieles gesagt worden. Das behalte ich mir jetzt vor. Jeder kann sich seine Meinung darüber bilden. Bei Ihnen geht es immer nur um Schlagworte. Mit Ihrer Rede, die Sie hier gehalten haben, kann man den einen oder anderen gewinnen.

Es geht jedoch nicht darum, die Benzinpreise zu reduzieren. Es geht darum, die Klimaschutzziele zu erreichen. Das ist das, was wir wollen. Es geht um unsere Kinder und Kindeskinder. Herr Kollege Miskowitsch, Herr Kollege Stümpfig und Herr Kollege Eibl haben alle Argumente auf den Tisch gelegt. Diese Argumente lagen bereits im Wirtschaftsausschuss alle auf dem Tisch. Die CO_2-Bepreisung ist ein wichtiges Steuerungsinstrument zur Umstellung auf klimafreundliche Alternativen. Die Anpassungskosten an den Klimawandel sind um einiges höher als die Vermeidungskosten. Ich zitiere gerne den Präsidenten des DIW, Marcel Fratzscher, im "Handelsblatt" vom 11.10.2021:

> Der Klimaschutz wird die Energiepreise langfristig senken. Erneuerbare Energien sind effizienter und somit günstiger als fossile Energieträger.

Da müssen wir hinkommen. Das wird nachhaltig unsere Zukunft sichern.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne ist Ihr Antrag kontraproduktiv. Auf die einzelnen Punkte, die von allen schon genannt worden sind, will ich gar nicht mehr eingehen. Wir haben das im Ausschuss zur Genüge durchgesprochen. Sie haben den Antrag nur hochgezogen, um zu sagen: Wir tun etwas für die Pendler. Das reicht nicht. Das merken die Menschen auch. Sie wissen, dass wir etwas für den Klimaschutz tun müssen. Wir haben Alternativen aufgezeigt, die sozialverträglich sind. Wir nennen es Klimageld, die GRÜNEN nennen es anders. Im Grunde soll beides den CO_2-Preis ausgleichen, und zwar pro Kopf, damit dies zur Entlastung der schwächeren Haushalte führt. Bis zum Jahr 2025 soll die EEG-Umlage zur Senkung des Strompreises abgeschafft werden. Die Gegenfinanzierung soll über den Bundeshaushalt erfolgen.Immer mehr Bürger erkennen, dass wir unsere Zukunft sichern müssen. Das macht es aus. Vielen herzlichen Dank. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag deswegen ab.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Ich erteile dazu dem Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

Michael Busch (SPD): – Das habe ich mir gedacht.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Busch, lieber Michael! Wir haben denselben Wahlkreis. Durch eine rote Maske wird die Politik nicht unbedingt sozialer. Die Frage an dich: Du sprichst gerade davon, die Bürger zu entlasten. Wir haben ja aber auch gerade für unsere Rentner Verantwortung, die vielleicht im kommenden Jahr bei uns im kalten Coburg mit einer riesengroßen Nebenkostennachzahlung konfrontiert sind. Was sind da deine Vorstellungen? Was sind die Intentionen der SPD? Wie wollt ihr die Bürger mit der Politik, die ihr macht, vor solchen Nachzahlungen bewahren? – Ich wäre dir recht dankbar, wenn du das den Menschen bei uns oben in Oberfranken kurz erklären würdest.

Michael Busch (SPD): Ich habe es gerade eben erklärt. Ich habe gesagt, was wir tun wollen, damit es die Schwächeren nicht so trifft. Machen wir uns aber – das ist vorhin mehrfach genannt worden – nichts vor: Wir werden – gerade beim Benzinpreis – immer wieder und weiterhin Schwankungen haben. Wir brauchen deswegen alternative Energien. Wir müssen diese so schnell wie möglich ausbauen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Albert Duin. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die AfD hier im Plenum einen Antrag stellt, fängt sie erst mal mit Beschimpfungen an: Versager, unzurechnungsfähig – das waren die ersten Worte, die wir gehört haben. So kann man keinen Antrag einbringen. Wenn Sie einfach von vornherein von solchen Dingen ausgehen, dann brauchen wir überhaupt nicht darüber zu reden. Dann kann man einfach gleich sagen: Wir lehnen die Anträge ab. Aus!

Tatsächlich ist es so: Auch wir von der FDP sind schon immer der Meinung gewesen, der CO_2-Preis ist notwendig. Wir haben dafür mit Lukas Köhler in Berlin einen hervorragenden Mann, der euch das einmal so erklären kann, dass ihr es versteht. Wir sind für eine CO_2-Bepreisung und setzen auf eine europäische Linie. Tatsächlich ist es so: Auch wir haben vor einem hohen Benzinpreis Angst. Auch wir reden deswegen die ganze Zeit davon, Steuern, Abgaben und Umlagen auf Benzin zu senken. Das bringt was. Wir reden bei CO_2 über 7 Cent. Wir reden aber über einen viel höheren Steuersatz und andere Abgaben, die draufkommen.

Wir wollen das Klima auf alle Fälle genauso in Schutz nehmen wie alle anderen Parteien. Wir gehen mit den GRÜNEN und der einseitigen Festlegung auf Elektromobilität

nicht ganz mit. Für uns ist Technologieoffenheit das Wichtigste. Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Plenk ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.